

**Freie Hansestadt Bremen
Ortsamt Horn-Lehe**

PROTOKOLL
der öffentlichen Beiratssitzung

| DATUM | BEGINN | ENDE | SITZUNGSORT |
|------------|-----------|-----------|---|
| 21.04.2016 | 19.15 Uhr | 22.20 Uhr | Gemeindesaal der ev. Kirchengemeinde Horn |

TEILNEHMER

ORTSAMT:

I. Köstner, Vorsitzende
K. Nenninger, Protokollführer

BEIRAT:

Gäste:

siehe anliegende Liste
Antragsteller zu TOP 4
Vertreter des Vereins der „Freunde und Dauercamper“ an der Uniwildnis
Herr Denker (Architekt)
Frau Gessner (WfB)
Freu Kreuzer (Soziales)
Herr Lakemann (SUBV)
Frau Werner (WfB)
Herr Voigt (Zechbau)

TAGESORDNUNG:

1. Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 10.03.2016
3. Wünsche, Fragen und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung
4. Globalmitelanträge
 - BM 04/2016 Schule an der Marcusallee, Kletterwand für Schulturnhalle (Erlebnispädagogik), Antrag über 5.206,03 €
 - BM 05/2016 Ev. Kirchengemeinde Horn, Café Mittwoch – Frühstücks- und Gesprächsangebot (Offener Treffpunkt im Stadtteil), Antrag über 4.200 €
 - BM 06/2016 Stiftungsresidenz Riensberg, Unterstützung für die Aktionswoche der Lokalen Allianz für Menschen mit Demenz in Bremen Borgfeld und Horn-Lehe vom 19.09.2016 bis 23.09.2016, Antrag über 450 €
 - BM 08/2016 Kindergarten Murren e.V., Spielgerät für U3 inkl. Lieferung, Montage und Abnahme - Sanierung und Umgestaltung des Außenspielgeländes, Antrag über 7.759,10 €
 - BM 09/2016 Kita der ev. Kirchengemeinde Horn, Erneuerung der Hangrutsche und Errichtung eines Spielbereichs für die neu eingerichtete Krippengruppe, Antrag über 2.313,25 €
 - BM 10/2016 Freiwillige Feuerwehr Lehesterdeich, 3 Wetterschutzjacken für Rettungsboot und 2 Hochregalelemente zur Lagerung von Zelten und Ausbildungsgeräten, Antrag über 2.800 €
 - BM 11/2016 Reitclub St. Georg zu Bremen e.V., Sanierung der Toilettenanlage, Antrag über 10.000 €
 - BM 12/2016 Jugendhaus Horn-Lehe, Freize Sommer 2016, Antrag über 1.552,94 €
5. Kündigung der Dauercamper auf dem Alten Campingplatz
6. Bauvorhaben Anne-Conway-Straße – Unterkunft für Flüchtlinge und für Studentisches Wohnen
7. Anträge des Beirates
8. Beschlussfassung über die Erlaubnis oder Ablehnung über spontane Freiluftpartys am Stadtwaldsee im Sinne des Ortsgesetzes über nicht kommerzielle spontane Freiluftpartys
9. Stellungnahme des Beirates Horn-Lehe zur Änderung des Bremischen Schuldatenschutzgesetzes
10. Neuwahl einer Vertretung des Beirates in den Beirat der Stiftung Bremer Rhododendronpark
 - Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Gudrun Stuck
11. Mitteilungen des Beiratssprechers
12. Mitteilungen des Ortsamtes
13. Verschiedenes

Zu TOP 1: Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung

Frau Köstner begrüßt die Beiratsmitglieder, die Referentinnen, sowie die Bewohner aus dem Stadtteil, und stellt den neuen Mitarbeiter des Orsamttes - Herrn Nenninger - vor.

Beschluss: Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 10.03.2016

Beschluss: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 3: Wünsche, Fragen und Anregungen aus der Bevölkerung

3.1 Mühlen-Frühshoppen

Der Vorsitzende des Bürgervereins Horn-Lehe lädt die Beiratsmitglieder, die Mitarbeiterinnen des Ortsamtes und die Bevölkerung zum Mühlen-Frühshoppen (Aldi Parkplatz, Leher Heerstraße 105-107) am 01.05.2016 ein.

3.2 Achterdiek Grünstreifen als Parkplatz

Ein Anwohner aus der Straße Achterdiek beklagt sich darüber, dass auf Höhe Achterdiek 78 der Grünstreifen mit Split zugeschüttet wurde, und er seitdem als Parkplatz missbraucht wird. Darüber hinaus fragt er nach der Rechtmäßigkeit der Maßnahme. Die Vorsitzende sagt zu, beim Amt für Straße und Verkehr (ASV) nachzufragen.

Zu TOP 4: Globalmittelanträge

Die Vorsitzende begrüßt die Antragsteller. Zum weiteren Verfahren erklärt sie, dass die Projekte aus Zeitgründen diesmal nicht ausführlich vorgestellt werden können. Die Antragsunterlagen liegen den Beiratsmitgliedern vollständig vor, so dass, kurze Stellungnahmen abgegeben werden oder die Antragsteller bei Fragen zu Wort kommen können. Es erhebt sich kein Widerspruch.

- BM 04/2016 Schule an der Marcusallee, Kletterwand für Schulturnhalle (Erlebnispädagogik), Antrag über 5.206,03 €

Die Vertreter des Beirates sehen hier eine Förderung in Höhe von 3.500 € als möglich an. Der Antragsteller teilt auf Nachfrage der Vorsitzenden mit, dass das Projekt auch mit Globalmitteln in Höhe von 3.500 Euro realisiert werden könne.

Beschluss: Die Beiratsmitglieder stimmen dem Antrag auf einen Zuschuss aus den Globalmitteln in Höhe von 3.500 € einstimmig zu.

- BM 05/2016 Ev. Kirchengemeinde Horn, Café Mittwoch – Frühstücks- und Gesprächsangebot (Offener Treffpunkt im Stadtteil), Antrag über 4.200 €

Ein Vertreter der CDU erklärt, dass der Antrag von der CDU in dieser Form abgelehnt werde. Die ohnehin knappen Beiratsmittel sollten nicht für Essen und Trinken ausgegeben werden. Ein Vertreter der Bündnis 90/Grüne unterstützt den Antrag, möchte aber keine Dauerförderung in den nächsten Jahren. Er spricht sich deshalb dafür aus, dass im Jahr 2016 die letzte Förderung erfolgt. Eine Vertreterin der SPD möchte eigentlich die volle Summe bewilligen. Sie rechnet vor, dass eine pro-Kopf-Förderung von einem Euro pro Jahr machbar sein sollte und dieses doch den christlichen Werten der CDU entgegen käme. Frau Dr. Eckardt äußert sich empört darüber und spricht von einem Schlag unter die Gürtellinie. Die Vertreterin der SPD schlägt kompromisshalber vor, 1.000 € zu bewilligen. Der Vertreter der FDP lehnt die Förderung von Lebensmitteln ab. Er bietet stattdessen an, Sponsoren anzusprechen und den Kontakt zur Gemeinde zu vermitteln.

Beschluss: Die Beiratsmitglieder stimmen dem Antrag auf einen Zuschuss aus den Globalmitteln von 1.000 € bei 8 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen mehrheitlich zu.

- BM 06/2016 Stiftungsresidenz Riensberg, Unterstützung für die Aktionswoche der Lokalen Allianz für Menschen mit Demenz in Bremen Borgfeld und Horn-Lehe vom 19.09.2016 bis 23.09.2016, Antrag über 450 €

Beschluss: Die Beiratsmitglieder stimmen dem Antrag auf einen Zuschuss aus den Globalmitteln von 450 € einstimmig zu.

- BM 08/2016 Kindergarten Murrel e.V., Spielgerät für U3 inkl. Lieferung, Montage und Abnahme - Sanierung und Umgestaltung des Außenspielgeländes, Antrag über 7.759,10 €

Das Ortsamt hat bei der Prüfung der Globalmittel die gesamten Einnahmen für das Gesamtprojekt ins Verhältnis gesetzt und empfiehlt eine Summe in Höhe von 3.373,70 € zu bewilligen. Die Mitglieder des Beirates schließen sich dieser Empfehlung an. Die Antragstellerin teilt auf Nachfrage der Vorsitzenden mit, dass das Projekt auch mit Globalmitteln in Höhe von 3.373,70 € realisiert werden könne.

Beschluss: Die Beiratsmitglieder stimmen dem Antrag auf einen Zuschuss aus den Globalmitteln von 3.373,70 € einstimmig zu.

- BM 09/2016 Kita der ev. Kirchengemeinde Horn, Erneuerung der Hangrutsche und Errichtung eines Spielbereichs für die neu eingerichtete Krippengruppe, Antrag über 2.313,25 €

Beschluss: Die Beiratsmitglieder stimmen dem Antrag auf einen Zuschuss aus den Globalmitteln von 2.313,25 € einstimmig zu.

- BM 10/2016 Freiwillige Feuerwehr Lehesterdeich, 3 Wetterschutzjacken für Rettungsboot und 2 Hochregalelemente zur Lagerung von Zelten und Ausbildungsgeräten, Antrag über 2.800 €

Es liegen Zustimmungen und Ablehnungen aus dem Beirat zu den Positionen Wetterschutzjacken als auch Hochregalelemente vor. Deshalb werden beide Positionen getrennt abgestimmt.

Beschluss: Die Beiratsmitglieder stimmen dem Antrag auf einen Zuschuss aus den Globalmitteln für die Wetterjacken einstimmig zu.
Dem Zuschuss für die Hochregalelemente wird bei 10 Ja-Stimmen, 3-Nein Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich zugestimmt.
Gesamtsumme: 2.800 €

- BM 11/2016 Reitclub St. Georg zu Bremen e.V., Sanierung der Toilettenanlage, Antrag über 10.000 €

Das Ortsamt hat bei der Prüfung des Antrages dem Beirat empfohlen, den Antrag aufgrund des fehlenden erheblichen öffentlichen Interesses abzulehnen.

Beschluss: Die Beiratsmitglieder lehnen den Antrag auf einen Zuschuss aus den Globalmitteln von 10.000 € einstimmig ab.

- BM 12/2016 Jugendhaus Horn-Lehe, Freizeitsommer 2016, Antrag über 1.552,94 €

Ein Vertreter der CDU würde bei der Bewilligung einen um Essen, Honorare und BSAG-Tickets reduzierten Betrag in Höhe von 1.100 € befürworten. Die anderen Fraktionen sehen die genannten Positionen als Teil des Projektes an und befürworten eine Bewilligung in voller Höhe.

Beschluss: Die Beiratsmitglieder stimmen dem Antrag auf einen Zuschuss aus den Globalmitteln von 1.552,94 € bei 8 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen mehrheitlich zu.

Zu TOP 5: Kündigung der Dauercamper auf dem Alten Campingplatz

Die Kassenwartin des Vereins der Freunde und Dauercamper an der Uniwildnis Frau Kröhl stellt sich vor und berichtet wie es zu den Pachtrückständen und der damit einhergehenden Kündigung des Pachtvertrages zum 30.04.2016 kam.

Sie führt als eine Ursache einen schweren Wasserschaden im Winter 2013/2014 an. Über einen längeren Zeitraum sei heißes Wasser aus einem Rohr in den Waschräumen unbemerkt ausgelaufen. Dadurch entstanden hohe Kosten für Wasser, Heizung und Reparatur. Hinzu kamen noch Rückstände für Strom bei der SWB. Um den Schaden und die Rückstände begleichen zu können, wurde die Pacht unregelmäßig oder nicht mehr in voller Höhe an die Wirtschaftsförderung Bremen (WfB) abgeführt.

Mittlerweile sind dadurch Rückstände in Höhe von etwa 30.000 Euro aufgelaufen.

Frau Kröhl bezweifelt, dass die jetzigen Anwohner sozialverträglich umgesiedelt werden können und verweist auf die auf dem Platz standfindenden Jugendprojekte. Laut Frau Kröhl finanziert sich der Verein durch die Beiträge von etwa 30 Mitgliedern sowie Einnahmen von Pfadfindern und Jugendverbänden, die das Gelände für ihre Veranstaltungen nutzen. Der Verein nimmt dabei die Tätigkeiten eines Hausmeisters, Kochs, Verwaltungsfachkraft etc. für die Jugendprojekte wahr und sei somit unverzichtbar für das Fortbestehen der Projekte. Die anwesenden Vertreter der Jugendprojekte bitten im Anschluss die Beiratsmitglieder um deren politische Unterstützung bei der Erhaltung des Campingplatzes.

Herr Dr. Haustein (WfB) stellt sich vor und schildert die Situation aus Sicht der WfB.

Der Verein ist seit 2005 auf dem Platz ansässig. Seit 2008 besteht ein Pachtvertrag zwischen der WfB und den Dauercampern. Bis zum erwähnten Wasserschaden wurde die Pacht immer pünktlich bezahlt. Nach den ersten Rückständen erhielt die WfB im Dezember 2014 ein Schreiben der Dauercamper, dass die bis dahin ausstehende Pacht bezahlt werde. Im März 2015 erfolgte dann ein Schreiben der Dauercamper, dass die Pacht nicht mehr gezahlt werden kann und um ein Stundung der Pacht gebeten werde. Die WfB erstellte daraufhin einen Tilgungsplan und verzichtete auf Verzugszinsen und Sicherheitsleistungen. Laut WfB erfolgte seitens der Dauercamper keine Reaktion auf den Tilgungsplan. Daraufhin wurde seitens der WfB keine Perspektive mehr gesehen, wie der Verein die Rückstände aufbringen kann. Die erfolgte Kündigung wurde zuvor mit allen zuständigen Ressorts abgestimmt.

Frau Gessner vom Senator für Wirtschaft bedauert die Situation, sieht aber keine Möglichkeit, dass die beteiligten Parteien zueinander finden. Um die dort stattfindenden Jugendprojekte nicht zu gefährden, sieht Frau Gessner die Möglichkeit, dass andere Träger die Betreuung der Projekte wahrnehmen.

Auf eine eventuelle Nachnutzung des Geländes angesprochen teilt Frau Gessner mit, dass es seitens der WfB und des Senators für Wirtschaft keine konkreten Pläne für eine neue Nutzung bestünden. Es gibt nur vage Überlegungen, das Gelände für die Unterbringung von Flüchtlingen zu nutzen. Als neue Feuerwache käme das Gelände mit Ausnahme des Parkplatzes im Eingangsbereich nicht in Betracht. Für den Wohnungsbau wird das Gelände als Prüffläche angesehen.

Eine Vertreterin der AWO trägt eine Stellungnahme für den Erhalt des Campingplatzes vor (s. Anlage I). Im Anschluss appelliert sie an alle Beteiligte zu einer Lösung zu kommen.

Ein Vertreter der Pfadfinder trägt vor, warum der Campingplatz äußerst wichtig für die Tätigkeit der Pfadfinder ist, lobt die sehr gute Zusammenarbeit mit dem Verein und den Dauercampern, und sieht bei Schließung des Campingplatzes die Arbeit der Pfadfinder gefährdet.

Der Vertreter der LINKEN bedankt sich bei den Vertreterinnen und Vertretern der Jugendprojekte und wünscht sich den Erhalt des Campingplatzes. Er fordert die Rücknahme der Kündigung, und dass sich alle Beteiligten zur Suche nach Lösungen an einen Tisch setzen. Der Vertreter der LINKEN stellt Frau Kröhl die Frage, wie die Pachtschuld zurückgezahlt wird?

Der Beiratssprecher teilt mit, dass solange keine andere Nutzung für das Gelände geplant ist, der Verein dort weiter bestehen bleiben könne. Wenn aber vertragliche Pflichten nicht eingehalten werden, Pachtbeträge ausstehen, könne der Vertragspartner durchaus auch eine Kündigung aussprechen. Er stellt Frau Kröhl und der WfB die Frage, warum keine Lösung erzielt werden kann, und wie die Pachtschuld zurückgezahlt wird.

Der Vertreter der FDP weist bei allem Verständnis für die Sorgen der Campingplatzbewohner daraufhin, dass Verträge einzuhalten sind, und stellt Frau Kröhl und dem Vertreter der WfB die Frage, warum es nicht zu einer Einigung kommt. Weiter fragt er, ob der Vermieter nicht für den Wasserschaden aufkommen müsste.

Ein Vertreter der Bündnis90/Die Grünen fragt bei Frau Kröhl nach, ob dem Verein bei Abschluss des Pachtvertrages bewusst war, dass das Gelände und Gebäude eventuell mit Mängeln behaftet sind und dadurch eine Pachtminderung zu rechtfertigen gewesen wäre.

Frau Kröhl möchte in der Beiratssitzung keine Auskunft zum Tilgungsplan geben.

Der Vertreter der WfB äußert sich zu den gestellten Fragen: Nach der Besetzung des Platzes im Jahr 2008 war dieser nicht mehr in einem ansehnlichen Zustand. Es wurden zu diesem Zeitpunkt schon lange keine Investitionen mehr getätigt. Der Pachtvertrag soll derart gestaltet sein, dass das Risiko durch offene und verdeckte Mängel beim Pächter liegt. Deshalb wurde für das 60.000 Quadratmeter große Areal nur eine Pacht in Höhe von 1.600 Euro zuzüglich 775,49 Euro Grundsteuer verlangt. Im Übrigen seien die Verhältnisse auf dem Gelände dem Pächter bekannt gewesen sein.

Frau Gessner verweist auf bestehende Richtlinien, wie eine Pacht ermittelt und gefordert werden kann. Fallen bei Pachtabschluss eventuelle Risiken dem Pächter zu, kann eine geringere Pacht verlangt werden. Liegen die Risiken beim Verpächter, kann eine höhere Pacht verlangt werden.

Der Vertreter der Partei ALFA erwartet Unterstützung durch die senatorischen Behörden und beklagt die Vertreibung der Jugendlichen vom Campingplatz.

Ein Vertreter der CDU sieht den Beirat nicht als richtiges Forum zur Problemlösung und stellt den Antrag zur Geschäftsordnung die Redeliste zu schließen.

| |
|--|
| <p>Beschluss: Dem Antrag wird bei einer Gegenstimme mehrheitlich zugestimmt. Die Redeliste wird nach dem Verlesen der verbliebenen Wortmeldungen geschlossen.</p> |
|--|

Die stellvertretende Beiratssprecherin appelliert an alle Beteiligten, zu einer Lösung zu kommen.

Die Vertreterin der Bündnis90/Die Grünen kritisiert die Richtlinien der Wirtschaftsbehörde, auf dessen Grundlage es möglich ist, das Gelände mangelbehaftet zu verpachten.

Ein Vertreter der Bündnis90/Die Grünen fordert Planungssicherheit für die Jugendgruppen. Er sieht den Beirat auch nicht als Forum zur Problemlösung. Er stellt im Anschluss einen Initiativantrag, der im Koordinierungsausschuss wortgleich bereits als Dringlichkeitsantrag der LINKEN vorlag, aber nicht zur Beiratssitzung zugelassen wurde.

Der Beirat Horn-Lehe fordert den Senat auf:

1. den Pachtvertrag mit dem „Verein der Freunde und Dauercamper auf dem Naturcampingplatz Bremen e.V.“ auf unbestimmte Zeit fortzusetzen;

2. dabei eine nachhaltige Lösung für die offenen Pachtrückstände zu vereinbaren, die dem sozialen und ökologischen Wert dieser Nutzung angemessen Rechnung trägt;
3. die Sonderregelung der Kündigung bei Absicht der Bebauung oder Vermarktung zu streichen.

Das Publikum äußert Zustimmung zum Antrag.

Der Beiratssprecher warnt vor der Verabschiedung dieses Antrages. Aus seiner Sicht stelle dieser einen Eingriff in privatrechtliche Vereinbarungen dar. Er kann sich vorstellen, an alle Beteiligten einen Appell zu formulieren und aufzufordern, zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Er lehne einen Eingriff in die bestehenden Vertragsverhältnisse seitens des Beirates ab. Der Appell solle als Initiativantrag gewertet werden.

Ein Vertreter der Bündnis90/Die Grünen beantragt, die Punkte des Initiativantrages einzeln abzustimmen.

Beschluss:

Der Beirat Horn-Lehe fordert den Senat auf

1. den Pachtvertrag mit dem „Verein der Freunde und Dauercamper auf dem Naturcampingplatz Bremen e.V.“ auf unbestimmte Zeit fortzusetzen;

Dieser Punkt wurde bei Stimmengleichheit mit 5 Ja-Stimmen, 5- Nein und 4 Enthaltungen abgelehnt.

2. dabei eine nachhaltige Lösung für die offenen Pachtrückstände zu vereinbaren, die dem sozialen und ökologischen Wert dieser Nutzung angemessen Rechnung trägt;

Dieser Punkt wurde bei 9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

3. die Sonderregelung der Kündigung bei Absicht der Bebauung oder Vermarktung zu streichen.

Dieser Punkt wurde bei 4 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Initiativantrag der CDU ist damit hinfällig und wird zurückgezogen.

Die Vorsitzende schlägt nach Abschluss des TOP vor, das Thema „Bauvorhaben Anne-Conway-Straße“ um 21 Uhr aufzurufen, da auch die Referentinnen und Referenten zu dieser Uhrzeit eingeladen wurden.

Es soll stattdessen der TOP 7 „Anträge des Beirates“ vorgezogen werden. Die Beiratsmitglieder stimmen dem einstimmig zu. Die Punkte der Tagesordnung ändern sich entsprechend.

Zu TOP 6: Anträge des Beirates

6.1 Kita Berckstraße – Bündnis90/Die Grünen, SPD und DIE LINKE

Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat Horn-Lehe fordert die zuständigen senatorischen Ressorts auf, den Verkauf und den Abriss der Kita Berckstraße so lange auszusetzen, bis es genügend neue und vollwertig eingerichtete Kita-Plätze, z.B. an der Riekestraße oder im Mühlenviertel gibt, um den stetig wachsenden Bedarf in Horn-Lehe zu decken.

Begründung:

Mit großer Erleichterung hat der Beirat auf der letzten Sitzung des Bildungsausschusses die Nachricht vernommen, dass sich das Ressort Bildung und Kinder sowie Immobilien Bremen darauf verständigt haben, den Betrieb der Kita Berckstraße bis zum Sommer 2017 weiterzuführen. Der Beirat begrüßt, dass die betroffenen Eltern und das Kita-Personal nach einer unerträglich langen Phase der Ungewissheit nun endlich Planungssicherheit für den Start in das neue Kindergartenjahr im August 2016 haben. Eine zwischenzeitlich angedachte Übergangslösung zur Unterbringung der 80 Kinder ab diesem Sommer wäre pädagogisch und ökonomisch auch nicht hinnehmbar gewesen, weil Eltern und Kinder diese sehr gut geführte Einrichtung im Herzen von Horn-Lehe mit großer Freude

angenommen haben - ganz abgesehen von den nicht unerheblichen finanziellen Mitteln, die bisher in den Ausbau der Kita geflossen sind.

Angesichts der Tatsache, dass selbst zum 1. August 2016 wahrscheinlich immer noch mehr als 30 Kinder in Horn-Lehe unversorgt sein werden, war es dringend geboten, dieses Defizit nicht ohne Not zu vergrößern.

Die stellvertretende Beiratssprecherin begründet den Antrag damit, dass es einfach zu viele unversorgte Kinder im Stadtteil – Tendenz steigend – gebe. Es ist nicht abzusehen, dass die Kita in der Riekestraße rechtzeitig zum Kita-Jahr 2016/2017 fertig gestellt sei. Weitere Vorhaben, wie das Angebot der Firma domoplan befänden sich gerade einmal in der Prüfungsphase. Leidtragende seien Kinder und Eltern, die unversorgt blieben. Deshalb wolle sie eine Sicherheit, die über den Sommer 2017 hinausgehe.

Der Vertreter der CDU gibt zu bedenken, dass dieser Antrag eine komplette Abkehr der bisherigen Politik des Beirates wäre. Er unterstellt den senatorischen Behörden, ihre Arbeit nicht zu tun. Vor diesem Hintergrund solle sich der Beirat nicht erpressen lassen. Die CDU-Fraktion lehne den Antrag ab.

Der Beiratssprecher pflichtet dem bei und stellt die Frage, auf welcher baurechtlichen Grundlage diese Verlängerung erfolgen solle. Ihn störe es zudem, dass mit einem derartigen Beschluss potentielle Investoren verprellt würden. Die Behörde hätte mit der derzeitigen Verlängerungsoption bis zum Sommer 2017 ein ganzes Jahr für neue Planungen und Realisierungen Zeit. Weiter äußert er die Befürchtung, dass Projekte wie die Neugestaltung rund um die Horner Kirche so nicht realisiert werden, und der Stadtteil darunter leidet.

Ein Vertreter der Bündnis 90/Die Grünen begründet den Antrag mit dem Argument, dass im nächsten Jahr Kita Plätze fehlen werden und es hier nicht ums Recht haben geht, sondern den Eltern Vorschläge für deren Kinderbetreuung gemacht werden müssen.

Ein Vertreter der SPD gibt zu bedenken, dass hier das Baurecht nicht vor Elternrecht gestellt werden soll.

Auch der Vertreter der FDP pflichtet den Ausführungen der CDU bei. Er wolle auf die Immobilie Berckstraße nicht länger als ein Jahr setzen. Er befürworte einen Beschluss, mit dem die Behörde aufgefordert werde, ausreichend Kita-Plätze zur Verfügung zu stellen bis die Übergangslösung in der Berckstraße Mitte 2017 auslaufe.

Beschluss: Bei 8 Ja-Stimmen, 5-Nein Stimmen und 1 Enthaltung wurde mehrheitlich folgender Beschluss gefasst:

Der Beirat Horn-Lehe fordert die zuständigen senatorischen Ressorts auf, den Verkauf und den Abriss der Kita Berckstraße so lange auszusetzen, bis es genügend neue und vollwertig eingerichtete Kita-Plätze, z.B. an der Riekestraße oder im Mühlenviertel gibt, um den stetig wachsenden Bedarf in Horn-Lehe zu decken.

6.2 Antrag zur Räumung der Turnhalle Grazer Straße CDU

Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat Horn-Lehe hat aus der Presse erfahren, dass noch im April bremenweit sechs Sporthallen als Flüchtlingsunterkünfte geräumt und zeitnah wieder an den Sport zurückgegeben werden sollen. Der Beirat hat bereits in der Vergangenheit die Wichtigkeit der Halle Grazer Straße für den Schul- und Vereinssport betont.

Der Beirat bekräftigt deshalb noch einmal seine Forderung nach einer zeitnahen Räumung und Instandsetzung der Halle an der Grazer Straße und geht dementsprechend davon aus, dass diese bis Ende des Monats erfolgt.

Ein Vertreter der Sozialbehörde nimmt zu dem Antrag Stellung. Zurzeit werden im Land Bremen 3 Turnhallen für die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) genutzt. Diese sind aber nicht mehr voll belegt. Die Rückgabe einer Turnhalle durch Umverteilung der UMA wäre möglich. Dieses ist aber seitens der Sozialbehörde nicht gewollt. Diese hält es für die Jugendlichen für nicht zumutbar, sie aus ihrem gewohnten Umfeld herauszunehmen, nur um

wieder in eine anderen Turnhalle unterzukommen. Wenn die Jugendlichen die Turnhallen verlassen, dann in entsprechende feste Unterkünfte wie z.B. eigene Wohnungen oder den entsprechenden Jugendhilfeeinrichtungen. In diesem Zusammenhang bittet er die Beiratsmitglieder und die Bevölkerung, Wohnraum für die Unterbringung der UMA anzubieten. Ziel ist es, dass die drei noch mit UMA belegten Turnhallen in Bremen bis zum Sommer geräumt werden. Laut Planung der Sozialbehörde soll die Turnhalle in der Grazer Straße an zweiter Stelle stehen. Er hält aber eine Räumung bis zum Ende des Monats für unmöglich.

Der Beiratssprecher sieht sich vertröstet und besteht auf die Forderung, die Halle bis zum Ende des Monats wieder freizugeben.

Ein Vertreter der Bündnis90/Die Grünen hat Verständnis für das Handeln der Sozialbehörde und fragt nach, ob der 1. August als Ziel realistisch ist. Der Vertreter der Sozialbehörde erklärt dazu, dass er kein genaues Datum nennt, da er nicht die Entwicklung der Flüchtlingszahlen einschätzen könne.

Die stellvertretende Beiratssprecherin äußert ihr Verständnis für das Handeln der Sozialbehörde.

Der Vertreter der FDP will nicht, dass nur die Lage der Flüchtlinge gesehen wird, sondern auch die Situation der Kinder im Stadtteil, die zurzeit keinen Sport in der Turnhalle betreiben können.

Die Vertreterin der CDU sieht keinerlei Rechtsgrundlage für die Nutzung der Turnhalle als Flüchtlingsunterkunft, und hält es für zumutbar, dass die UMA in andere Turnhallen umquartiert werden. Der Vertreter der Sozialbehörde widerspricht, und verweist auf seine bereits getätigten Aussagen dazu.

Eine Vertreterin der SPD stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Redeliste zu schließen.

| |
|--|
| Beschluss: Der Antrag wird einstimmig befürwortet. Die Redeliste wird nach dem Verlesen der verbliebenen Wortmeldungen geschlossen. |
|--|

Weiter fordert die Vertreterin der SPD den Zeitpunkt der Räumung aus dem Antrag zu streichen.

Ein Vertreter der CDU schlägt vor den Zusatz im Antrag „Instandsetzung“ zu streichen.

| |
|---|
| Beschluss: Die Beiratsmitglieder lehnen den Vorschlag der CDU mehrheitlich mit 8 Nein; 5 Ja-Stimmen und einer Enthaltung ab. |
|---|

Der Vertreter der FDP schlägt vor den Zeitraum „bis Ende des Monates“ durch „bis spätestens Ende der Sommerferien“ zu ersetzen.

| |
|--|
| Beschluss: Die Beiratsmitglieder stimmen dem so geänderten Antrag mehrheitlich mit 9 Ja-Stimmen; einer Nein-Stimme und 4 Enthaltungen zu. |
|--|

Der Beirat Horn-Lehe hat aus der Presse erfahren, dass noch im April bremenweit sechs Sporthallen als Flüchtlingsunterkünfte geräumt und zeitnah wieder an den Sport zurückgegeben werden sollen. Der Beirat hat bereits in der Vergangenheit die Wichtigkeit der Halle Grazer Straße für den Schul- und Vereinssport betont.

Der Beirat bekräftigt deshalb noch einmal seine Forderung nach einer zeitnahen Räumung und Instandsetzung der Halle an der Grazer Straße und geht dementsprechend davon aus, dass diese bis spätestens Ende der Sommerferien 2016 erfolgt.

Der Änderungsvorschlag der SPD wird zurückgezogen.

Zu TOP 7: Bauvorhaben Anne-Conway-Straße – Unterkunft für Flüchtlinge und für Studentisches Wohnen

Ein Vertreter der Bündnis90/Die Grünen stellt den Antrag zur Geschäftsordnung die Tagesordnung nach dem jetzigen Punkt und dem Punkt: Beschlussfassung über die Erlaubnis oder Ablehnung über spontane Freiluftpartys am Stadtwaldsee im Sinne des Ortsgesetzes über nicht kommerzielle spontane Freiluftpartys zu schließen und die restlichen Punkte zu vertagen.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig befürwortet.

Die Vertreterin der Sozialbehörde schildert die Situation der Flüchtlingsunterbringung im Land Bremen anhand einer Präsentation. Danach stellt Herr Denker als Architekt das Bauprojekt Anne-Conway-Straße mit Hilfe einer Präsentation vor. Im Anschluss fasst der Vertreter von SUBV die Ideen in der Anne-Conway-Straße zusammen.

Von Mitgliedern des Beirates werden den Vertreterinnen und Vertretern folgende Fragen gestellt:

- Wie hoch wird die Miete für ein Zimmer bzw. Appartement sein?
- Wie soll die Nutzung aussehen, wenn das Objekt nicht mehr von Flüchtlingen bewohnt wird?
- Wird es Gemeinschaftsräume geben?
- Wird der Technologiepark für Wohnbebauung geöffnet?
- Wer wird die Studentenwohnungen verwalten?
- Gibt es eine Verbindung bzw. Vermischung der Studenten mit Flüchtlingen?

Die Vertreterin der Sozialbehörde teilt daraufhin mit, dass die Wohnungen später auch problemlos durch Menschen genutzt werden kann, die aufgrund verschiedener Benachteiligungen Schwierigkeiten haben, auf dem Wohnungsmarkt eine Wohnung zu finden. Aufgrund eines höheren Schutzbedürfnisses der Flüchtlinge ist eine Verzahnung der Gebäude nicht vorgesehen. Gemeinschaftsräume in den jeweiligen Gebäuden wird es geben.

Der Vertreter der Firma Zechbau teilt mit, dass das Bauvorhaben Mitte 2017 bezugsfertig sein wird. Die Miethöhe kann noch nicht genannt werden. Die Wohnungen sollen zu dem Zeitpunkt marktgerecht angeboten werden. Mieten wie sie das Studentenwerk anbietet, wird aber nicht möglich sein.

Die Vertreterin der WfB teilt mit, dass im Technologiepark Süd von dem bestehenden Konzept bezüglich Wohnbebauung abgegangen wird.

Ein Anwohner befürchtet ein Problem mit Parkplätzen und einen Anstieg der Kriminalität. Er sieht den Ort als nicht geeignet für die Ansiedlung von Flüchtlingen und Studierenden. Darüber hinaus fragt er nach der Bauhöhe der Gebäude.

Der Vertreter vom SUBV verweist auf den Studierendenparkschlüssel und teilt mit, dass 90 Prozent der geforderten Park- und Stellflächen eingerichtet werden können. Seitens der Behörde wird kein hoher Parkdruck erwartet, da es durch die Uninähe ein ausreichendes Angebot an Parkplätzen gibt. Die Bauhöhe wird etwa 25 Meter betragen.

Der Beiratssprecher bewertet das Bauvorhaben als Vorzeigeprojekt. Die stellvertretende Beiratssprecherin begrüßt das Bauvorhaben ebenfalls und sieht eine Integration der Flüchtlinge gegeben.

Beschluss: Es wurde einstimmig bei 13 Ja-Stimmen und einer Enthaltung folgender Beschluss gefasst

Der Beirat begrüßt das Bauvorhaben Anne-Conway Straße in seinen Grundzügen und erwartet im weiteren Verwaltungsverfahren frühzeitig beteiligt zu werden.

Zu TOP 8: Stellungnahme des Beirates Horn-Lehe zur Änderung des Bremischen Schuldatenschutzgesetzes

Antrag: Stellungnahme zum Schuldatenschutzgesetz – SPD und CDU

Der Beirat Horn-Lehe möge beschließen:

Der Beirat begrüßt und befürwortet die vorgelegten Änderungen zum Schuldatenschutzgesetz.

Begründung:

Wenn nicht mehr schulpflichtige junge Menschen die Schule verlassen und keine Unterstützungsangebote in unterschiedlichsten Hilfesystemen wie dem Jobcenter oder der Jugendhilfe in Anspruch nehmen, kann derzeit keine Auskunft über den Verbleib oder den weiteren beruflichen Werdegang dieser jungen Menschen gemacht werden. Wir können nicht sagen, wovon die jungen Menschen ihren Lebensunterhalt bestreiten oder ihnen unter die Arme greifen, wenn sie es benötigen.

Gesellschaftliches Interesse und Ziel der neu eingerichteten Jugendberufsagentur muss es aber sein, allen jungen Menschen unter 25 Jahren die erforderlichen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Schul-, Berufs- oder Studienabschluss zu bieten, junge Menschen zu begleiten und ihnen Hilfestellungen zuteilwerden zu lassen.

Wir erachten es für erforderlich, dass sich Behörden untereinander austauschen und abstimmen können, um jungen Menschen die bestmögliche Unterstützung zukommen zu lassen, Doppelförderungen einzuschränken und zielorientiert zu arbeiten.

Die stellv. Beiratssprecherin stellt den Antrag vor und betont die Notwendigkeit des Antrages. Ein Vertreter der Bündnis90/Die Grünen lehnt den § 14a des Schuldatengesetzes ab. Der Vertreter der FDP sieht den § 14a ebenfalls kritisch. Der Vertreter der Partei ALFA betont die Notwendigkeit des Datenschutzes, sieht hier in der Änderung aber auch Möglichkeiten für Jugendliche Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Beschluss: Es wurde mehrheitlich bei 8 Ja-Stimmen folgender Beschluss gefasst:

Der Beirat begrüßt und befürwortet die vorgelegten Änderungen zum Schuldatenschutzgesetz.

Begründung:

Wenn nicht mehr schulpflichtige junge Menschen die Schule verlassen und keine Unterstützungsangebote in unterschiedlichsten Hilfesystemen wie dem Jobcenter oder der Jugendhilfe in Anspruch nehmen, kann derzeit keine Auskunft über den Verbleib oder den weiteren beruflichen Werdegang dieser jungen Menschen gemacht werden. Wir können nicht sagen, wovon die jungen Menschen ihren Lebensunterhalt bestreiten oder ihnen unter die Arme greifen, wenn sie es benötigen.

Gesellschaftliches Interesse und Ziel der neu eingerichteten Jugendberufsagentur muss es aber sein, allen jungen Menschen unter 25 Jahren die erforderlichen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Schul-, Berufs- oder Studienabschluss zu bieten, junge Menschen zu begleiten und ihnen Hilfestellungen zuteilwerden zu lassen.

Wir erachten es für erforderlich, dass sich Behörden untereinander austauschen und abstimmen können, um jungen Menschen die bestmögliche Unterstützung zukommen zu lassen, Doppelförderungen einzuschränken und zielorientiert zu arbeiten.

Antrag: Stellungnahme zum Schuldatenschutzgesetz – Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

Der Beirat erkennt den politischen Willen, jungen und nicht mehr schulpflichtigen Menschen ggf. Unterstützung bei der Berufsausbildung und der Findung geeigneter Maßnahmen zu bieten, an.

Aus Datenschutzgründen lehnt der Beirat den § 14a allerdings so lange ab,

- a) bis die Zustimmung der Landesdatenschutzbeauftragten vorliegt,
- b) ein individuelles Widerspruchsrecht im Gesetz verankert wird und
- c) geklärt ist, wie mit den Daten von PrivatschülerInnen oder mit den Daten von SchülerInnen aus Niedersachsen, die öffentliche Schulen in Bremen besuchen oder die nach der Schule das Bundesland wechseln, umzugehen sei.

Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken bringen ihren Antrag ein und begründen entsprechend das hohe und schützenswerte Interesse privater Daten.

Beschluss: Der Antrag wird mehrheitlich mit 8 Nein-Stimmen abgelehnt.

Zu TOP 9: Beschlussfassung über die Erlaubnis oder Ablehnung über spontane Freiluftpartys am Stadtwaldsee im Sinne des Ortsgesetzes über nicht kommerzielle spontane Freiluftpartys

Vertagt

Zu TOP 10: Neuwahl einer Vertretung des Beirats in den Beirat der Stiftung Bremer Rhododendronpark

- Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Gudrun Stuck
- Vorschlag der CDU: Markus Bersebach

Vertagt

Zu TOP 11: Mitteilungen des Beiratssprechers

Vertagt

12. Mitteilungen des Ortsamtes

Vertagt

13. Verschiedenes

Vertagt

Inga Köstner
- Vorsitzende -

Stefan Quaß
- Beiratssprecher -

Knut Nenninger
- Protokollführer -